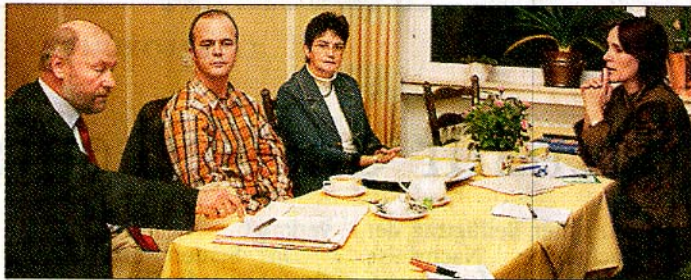


# „Viele sehen uns im Oldenburgischen als Speerspitze“

**FREILEITUNG** Widerstand gegen Trasse soll weitergehen – Informationsaustausch mit MdB Brunkhorst

**HARPSTEDT/MAB** – Als „unsensibel“ wertet FDP-Bundestagsabgeordnete Angelika Brunkhorst den Kompromiss im Infrastruktur-Planungsbeschleunigungsgesetz, Erdverkabelungen zwischen Off-Shore-Anlagen auf See und dem Übertragungs- oder Verteilernetz an Land auf Kosten der Netzbetreiber zuzulassen. Diese „über Nacht“ zugeleiteten Änderungsvorschläge bedienen Kapitalinteressen der Windbranche. Die Zwangsverpflichtung der Netzbetreiber, die Investitionen der Windbranche zu übernehmen und den Netzausbau zu finanzieren, bedeute die starre regionale Einschränkung der Erdkabelvariante auf eine maximal 20 Kilometer breite Zone von der Küstenlinie landeinwärts



Im Gespräch (v.l.): Uwe Cordes, Frank Windhorst, Hiltraud Lindemann und Angelika Brunkhorst.

BILD: BETTMANN

und so die Ausgrenzung anderer Regionen, in denen eine erdverlegte Lösung aus naturschutzfachlicher Sicht ebenfalls geboten wäre. Die FDP-Abgeordnete spielt damit auf die Eon-Freileitungstrasse Ganderkesee/St. Hülfe an.

Um zu ermitteln, wie sich die Gegner dieser 380 kV-

Trasse nach Ende des Raumordnungsverfahrens (die **NWZ** berichtete) verhalten wollen, hatte Brunkhorst zum Gespräch ins Hotel „Zur Wasserburg“ in Harpstedt gebeten. Eingeladen waren Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes, Colnrades Noch-Bürgermeisterin Hiltraud Linde-

mann und Frank Windhorst von der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht Hochspannung“. Cordes berichtete von einem Treffen mit Vertretern der Kreise Diepholz und Oldenburg sowie aus Barnstorf, Harpstedt, Rehden, Ganderkesee, Twistringen, Colnrade, Prinzhöfte. „Festgehalten wurde“, so Cordes, „dass die beteiligten Kommunen für ihre politischen Gremien prüfen, inwieweit die Klageberechtigung bzw. -befugnis vorliegt.“ Weiter seien Kosten eines Rechtsstreits zu prüfen, kommunales Interesse und zeitliches Vorgehen. „Einvernehmlich wurde festgestellt, dass sich die Kommunen weiterhin intensiv mit der weiteren Verfolgung der Verhinderung der Freileitung beschäfti-

gen“, so Cordes. Das nächste Gespräch der Kommunen werde am 23. November wieder in Harpstedt stattfinden.

IG-Sprecher Windhorst kündigte für 11. November einen Termin mit dem Fachanwalt an: „Dort wollen wir abschätzen, ob sich das Risiko einer Klage lohnt. Wenn es eine Chance gibt, werden wir die nutzen.“ Enttäuscht zeigte er sich über geringe Unterstützung der Freileitungsgegner auf Bundesebene: „Frau Brunkhorst ist die einzige, die uns unterstützt.“

Die Liberale sprach von Anfragen von Bürgerinitiativen gegen Freileitungen aus ganz Deutschland: „Viele sehen uns im Oldenburgischen als Speerspitze und hoffen, dass wir nicht in die Knie gehen.“